

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/108

Bonn, den 11. Juni 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>S C H A N D E</u> Zu den Vorfällen an der Frankfurter Universität	40
2 - 3	<u>B I A F R A</u> Die Freilassung der Erdöltechniker. Von Alwin Brück, MdB	57
4	<u>Der lange Marsch</u> Willkürlich verzögerte Gesundung der Wohngebiete Von Rudolf Dux	45
5 - 7	<u>"Demontage der Demokratie"</u> Ein erstaunliches Buch - Das Märchen von einem, der auszog, die Freiheit zu retten - Oder: "Affäre HS 30" Von Frank Sommer	136

S C H A N D E  
-----

Zu den Vorfällen an der Frankfurter Universität

sp - Der Krawall an der Frankfurter Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, ausgelöst von SDS- und arabischen Studenten anlässlich des Vortragsabends, zu dem der in der Bundesrepublik akkreditierte israelische Botschafter Ben Natan von mehreren Studentengruppen eingeladen war, ist nicht nur beschämend, sondern wirft auch ein bezeichnendes Licht auf den geistigen Zustand der Randalierer. Ben Natan ist der Botschafter eines mit der Bundesrepublik befreundeten Landes. Er hat schon viele Vorträge hier gehalten und sich bei diesen Gelegenheiten jeder Diskussion gestellt. Hierbei ging es nicht immer friedlich zu; die Diskussionen waren oft hart, blieben aber immer fair.

Den Frankfurter SDS-Studenten und ihren arabischen Freunden blieb es vorbehalten, das j e d e m Gast unseres Landes zustehende Recht der freien Meinungsäußerung streitig zu machen. Die Form, in der dies geschah, ist beschämend. Gewiß gibt es auch in der Bundesrepublik unterschiedliche Auffassungen über die Politik der arabischen Staaten und Israels. Diese unterschiedlichen Auffassungen einander gegenüberzustellen, sich mit ihnen auseinanderzusetzen, wäre gerade für einen Studentenverband eine lohnende Aufgabe. Geschrei, Beschimpfungen und hysterische Veitstänze jedoch sind keine Argumente.

Botschafter Ben Natan hatte recht, als er, den Schauplatz der Rabaukenveranstaltung verlassend, erklärte, die SED, der SDS und die "Deutsche Nationalzeitung" in München sprächen offenbar die gleiche Sprache...

Es gibt wenige Israelis, die sich so wie Botschafter Ben Natan für die Aussöhnung des jüdischen mit dem deutschen Volk eingesetzt haben. Was in Frankfurt geschah, kann schlimme Auswirkungen haben, denn auch in Israel gibt es Menschen, die nicht vergessen können oder wollen, und nur darauf warten, "die Deutschen" für Vorgänge verantwortlich zu machen, wie sie sich in Frankfurt abgespielt haben. Hierbei geht es gar nicht um die Frage, ob diese oder jene Auffassung von dem Konflikt zwischen Israel und den arabischen Staaten "richtig" oder "falsch" ist. Gerade wir Deutschen haben ein Interesse daran, daß im Nahen Osten der Friede sobald wie möglich wieder hergestellt wird. Die Organisatoren der Protestaktionen gegen Ben Natan haben nicht nur das Gesetz der Gastfreundschaft verletzt, sie haben jene Bemühungen gestört, die auch von deutscher Seite zur Beilegung des Konflikts im Nahen Osten führen sollen.

Was sich in Frankfurt abgespielt hat, ist n i c h t das Spiegelbild des allgemeinen Verhaltens der deutschen Jugend. Der israelische Botschafter wird dies bestätigen können.

B I A F R A

Zur Freilassung der Erdöltechniker

Von Alwin Brück, MdB

Mit Genugtuung registriert die deutsche Öffentlichkeit die Freilassung der ursprünglich zum Tode verurteilten 14 italienischen, drei deutschen und des einen libanesischen Erdöltechnikers durch die Behörden der abgefallenen nigerianischen Ostprovinz Biafra. Die Empörung über die Verurteilung von Bürgern aus an dem Krieg uneteiligten Staaten war allgemein. Niemand - wohl auch nicht die, die einseitig für Biafra in diesem Konflikt Partei ergreifen, - hatte Verständnis für das Vorgehen der biafranischen Behörden. Und bei denen, die den notleidenden Menschen in Biafra so viel geholfen haben, bei den Kirchen und beim Roten Kreuz herrschte tiefe Bestürzung. Ihrem und dem Einsatz vieler Regierungen und Persönlichkeiten ist es wohl zu verdanken, daß die Verurteilten in ihre Heimat zurückkehren konnten.

Wir verlangen für unsere humanitäre Hilfe keine Bezahlung in der Form, daß man Angehörige der Staaten, die diese Hilfe leisten, besonders gut behandelt. Aber wir müssen verlangen, daß deutsche Staatsangehörige nicht in Konflikte hineingezogen werden, für die sie keine Verantwortung tragen.

Die Gründe, die man in Biafra für die Verurteilung der Gefangenen angab, klangen von vorneherein unglaubwürdig. Es handelte sich schließlich um Techniker, die zum Teil schon vor Ausbruch des Krieges in der vom Krieg betroffenen Region tätig waren, und nicht um Söldner. Warum sollten sie ihr Leben dadurch riskieren, daß sie auf der Seite der nigerianischen Bundestruppen in diesen Konflikt eingreifen? Und selbst dann, wenn das so gewesen wäre, dann hätte man sie immer noch als Kriegsgefangene behandeln müssen. Vor allem durch eine Macht, die selbst Söldner in diesem Konflikt einsetzt, wie der Fall des schwedischen Grafen Rosen beweist.

Aber wahrscheinlich steckt hinter der Verurteilung der Techniker

mehr. Die Bemerkung, die einer der deutschen Rückkehrer in Rom machte, daß nämlich hinter der Geschichte "viel Politik" stehe, bestätigt nur Vermutungen, die man in Deutschland sofort hatte, als man von der Verurteilung erfuhr. Wahrscheinlich ging es den biafranischen Behörden darum, die Regierungen der Staaten, denen die Verurteilten angehören, zu offiziellen Verhandlungen zu zwingen, um damit eine Art Anerkennung zu erreichen. Diese Absicht ist fehlgeschlagen, auch wenn ein italienischer Staatssekretär nach Biafra gereist war, um über die Freilassung der Gefangenen zu sprechen.

Biafra hat sich mit dieser Aktion einen schlechten Dienst getan. Eine Hinrichtung der Verurteilten gar hätte für die Menschen dort katastrophale Folgen gehabt. Das muß man einmal offen aussprechen. Eine Hinrichtung Unschuldiger hätte sicher die Bereitschaft der europäischen Völker zu Spenden für die humanitäre Hilfe stark beeinträchtigt. Leider hätten darunter nur wieder die unschuldigen Opfer dieses Krieges gelitten und nicht die, die für ihn die Verantwortung tragen.

Scharf zurückweisen muß man die Behauptung des biafranischen Staatschefs Ojukwu, das Schicksal von 18 Weißen regte die Welt mehr auf als das Schicksal des biafranischen Volkes. Wir wollen nicht prunken mit dem, was gerade die Deutschen für die Menschen in Biafra geleistet haben, aber es muß doch mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, daß wir in vorderster Linie der Helfenden stehen. General Ojukwu hat das den fünf deutschen Abgeordneten, die im April in Biafra mit ihm sprachen, auch gesagt und sich für die humanitäre Hilfe bedankt. Jeder von uns weiß, daß die humanitäre Hilfe auf die Dauer die Probleme in Nigeria nicht lösen kann. Das kann nur durch einen Frieden geschehen. Ihn aber können nur die afrikanischen Politiker herstellen. Auch General Ojukwu ist dazu aufgerufen.

+ + +

## Der lange Marsch

Willkürlich verzögerte Gesundung der Wohngebiete

Von Rudolf Dux

Im Bundesgebiet sind eine Million Wohnungen abbruchreif; sechs Millionen Wohnungen bedürfen dringend der Sanierung. Obendrein gibt es ein Defizit an Wohnungen von etwa zwei Millionen als Differenz zwischen den vorhandenen Wohnungen und den Haushalten im Bundesgebiet. An diesem Defizit und damit dem Dilemma unserer Städte und Dörfer wird sich in den nächsten Jahren nur wenig ändern. Die CDU/CSU und die FDP haben mit zwar weicher Taktik, aber sehr zweckbestimmt, die Verabschiedung des Städtebauförderungs- und Dorferneuerungsgesetzes verzögert, um nicht zu sagen sabotiert. Man können nicht einmal die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Mittel für Stadterneuerung und Wohnungsbau abgerufen werden, weil sie an die Verabschiedung des Städtebauförderungsgesetzes und der sich daraus ableitenden Verordnungen gebunden sind. Das hat allein die CDU/CSU zu verantworten.

Nach dem ehemaligen Wohnungsbauminister Lücke sollte sich das Wohnungsbauproblem im Bundesgebiet durch Entlassung der Wohnungswirtschaft in den freien Markt von selbst lösen. Er erreichte aber nichts als permanente hohe Preissteigerungen bei Grund und Boden und Mieten - jahresdurchschnittlich 6 Prozent von 1950-66. Er hat das Städtebauförderungsgesetz als ein Jahrhundertgesetz bezeichnet, das gründlich zu durchdenken sei. Hier sei daher noch einmal an die Daten erinnert, die zeigen, daß man das Gesetz längst hätte verabschieden können, wenn man guten Willens gewesen wäre.

Bereits im September 1968 verabschiedete das Bundeskabinett den Entwurf, der Bundestag beriet es am 4. Dezember 1968 in erster Lesung. Aber die CDU/CSU verweigerte von vornherein die Bildung eines Sonderausschusses, der sich durchgehenden Beratungen des Gesetzes hätte widmen können. Sie lehnte auch Sondersitzungen während der Pfingstferien ab, in denen andere Ausschüsse tagten, und sie hat schließlich abgelehnt in den noch laufenden Sitzungswochen durchgehende Beratungen zu diesem Gesetz abzuhalten.

Die Dringlichkeit dieses Gesetzes unterstreicht, daß sich jüngst der Europarat und selbst die NATO mit dieser Problematik befaßt haben. Sie sind der Meinung, zur Verhütung der Bodenspekulation müßten vorbeugende und abschöpfend wirkende Schritte unternommen werden; eine moderne Bodenpolitik bedinge, aus der Sozialpflichtigkeit dieses Gutes, neue Formen des Eigentumsrechtes. Auch der Bundeskanzler hat in der Öffentlichkeit die Dringlichkeit dieses Gesetzes betont, aber nicht den Mut zur Entscheidung gefunden. Man witzelt, die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers in Fragen des Bodenrechtes liege in der Schublade des Präsidenten der Haus- und Grundstücksvereine, Dr. Emanuel Preusker, des ehemaligen Bundesministers für Wohnungsbau.

Dr. Lauritz Lauritzen meint zwar, das Gesetz sei noch nicht gescheitert, sondern nur nicht fertig geworden; ob er aber wirklich Hoffnung hat, die CDU/CSU werde das allgemeine und dringliche öffentliche Interesse über die privaten Interessen einer winzigen Schicht ihrer Wähler stellen?

"Demontage der Demokratie"

Ein erstaunliches Buch - Das Märchen von einem, der auszog,  
die Freiheit zu retten - Oder: "Affäre HS 30"

Von Frank Sommer

Der Bundesrepublik steht schlimmstes bevor: "... aus Übermut, parteiegoistischen Gründen oder aus welchen Gründen auch immer (werden der Staat und seine Organe und alles, was zum politischen Leben des Volkes gehört, lächerlich oder verächtlich gemacht. Wenn der Zeitpunkt kommt, daß die Mehrheit der Bevölkerung meint, dieser Staat sei ohnehin nicht mehr erhaltens- oder verteidigungswert, dann ist er auch verloren."

Diese und viele andere schrecklichen Prophezeiungen sind in einem höchst erstaunlichen Buch erschienen, das in diesen Tagen - ein wenig unter der Hand - das Licht der Öffentlichkeit erblickt hat und das den inhaltsschweren Titel "Demontage der Demokratie" trägt. Verfasser ist ein gewisser G r a u, Karl Friedrich, seines Zeichens "Leiter der Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit e.V." (Frankfurt), einer jener zwielichtigen Organisationen, die einst im Zeichen der verschleierten Finanzierung des CDU-Wahlkampfes aus dem Steuersäckel (Titel 300) ein üppiges Leber führten, inzwischen aber infolge finanzieller Austrocknung nur noch recht kümmerlich ihr Dasein zu fristen vermögen.

Was bewog nun jenen Herrn Grau, die Feuerglocke zu läuten und - in letzter Stunde, so will es scheinen - die Demokratie in der Bundesrepublik zu retten? Wer ist es, der "vom Ausland tatkräftig unterstützt" unsere Demokratie demontiert, wie Grau, Karl Friedrich in seinem Buch einleitend eindringlich warnt? Des Rätsels Lösung beginnt auf Seite 39: Die Affäre HS 30 ist es, die ihn auf den Plan rief. Genauer gesagt, die Behauptung, daß es eine Affäre HS 30 gegeben habe und die Tatsache, daß auf Antrag der SPD, mit Unterstützung der FDP, ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß gebildet wurde, der sie aufklären soll. Was ist dran an der Affäre HS 30? Grau weiß die Antwort, - noch bevor der Untersuchungsausschuß seine Arbeit beendet hat - genau: Nichts! Die ganze Aufregung ist das Werk einiger "Ehrabschneider", die "schamlos gelogen" haben, die "verdrehen, verleumden, hetzen". Und die CDU/CSU, die ärmste, sie ist so unschuldig und engelrein, ihre Repräsentanten - von Adenauer bis Strauß, von Otto Lenz bis Globke und wie sie alle heißen mögen, sie sind ganz und gar unverschuldet, jäh und bössartig in eine Sache gezogen worden, mit der sie doch gar nichts, aber auch nicht das geringste zu tun haben.

So einfach ist das, wenigstens in den Augen des Herrn Grau. Denn grau liegt Grau gar nicht. Er liebt keine Zwischentöne. Für ihn ist alles klar, für ihn gibt es nur schwarz und weiß. Und die einen sind die Bösen und die anderen sind die Guten. Welch ein Zufall, daß ihm

seine Erkenntnisse gerade rechtzeitig zum Bundestagswahlkampf kamen. Und welch ein Zufall auch, daß die CDU-Bundestagsabgeordneten und alle anderen Unions-Wahlkämpfer gerade noch rechtzeitig damit ausgestattet werden konnten!

Ist es auch ein Zufall, daß dem Herrn Grau Einsichten dämmerten, die in dem noch gar nicht fertiggestellten und daher noch nicht veröffentlichten Bericht des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages enthalten sind? Und ist es eine glückliche Fügung, die es ermöglichte, daß er aus Protokollen des Untersuchungsausschusses in nichtöffentlicher Sitzung zitieren konnte?

Das alles wäre wohl ein bißchen viel Zufall auf einmal. Und auch, daß die Rolle des CSU-Abgeordneten Schulze-Vorberg als Mitglied des Untersuchungsausschusses in dem Buch über Gebühr hoch bewertet wird, ist wohl alles andere als zufällig.

Das "Werk" selbst ist wohl das dummdreisteste, was je auf dem Kuriositäten-Markt der Wahlkampfattraktionen angeboten worden ist. Der Verfasser hat auf 240 Druckseiten versucht, eine Darstellung der HS 30 Affäre zu geben, durch die die CDU/CSU und ihre Repräsentanten "freigesprochen" werden sollen. Er hat sich dabei so durchsichtige, plumper und manipulativer Methoden bedient, daß die Frage zu stellen ist, ob die Geldgeber wirklich gut beraten waren, als sie Herrn Grau ihren Auftrag erteilten.

Aus den Protokollen des Untersuchungsausschusses und den sonstigen Unterlagen hat Grau mit sicherer Hand das ausgesucht, was ihm paßte und das weggelassen, was nicht in sein Konzept passen wollte. Soweit er beiläufige Aussagen zitiert, werden die Zeugen gleichzeitig sogleich gründlich abgekanzelt, um darzutun, wie wenig glaubwürdig sie doch sind. Solche Zeugen haben "viel Phantasie", lassen "Sinn für Gründlichkeit und Sorgfalt vermissen", bedienen sich "schamloser Mittel", haben "peinlich wirkende Fehlvorstellungen", sind "immer etwas in Geldverlegenheit", verbreiten "faustdicke Lügen" und so weiter und so fort. Auch wenn ein solcher Zeuge Gründungsmitglied der CDU war und von Konrad Adenauer selbst zum Botschafter gemacht wurde, so gilt ihm das bei Grau gar nichts: Er ist gleichwohl "ein bedauerlicher Versager". Basta! Auch erstaunliche Wandlungen gehen zuweilen mit den Menschen vor - wenn man Grau folgt. So ist ein anderes CDU-Gründungsmitglied, zwar zunächst ein Mensch mit "Umsicht, Klugheit und Opferbereitschaft". Aber da er später Persönlichkeiten der Unionsparteien der Korruption beschuldigt, muß er sich eben verwandelt haben: "Nur ein Arzt dürfte sagen können, ob (er) durch die Ehe oder durch andere Umstände in geistig-charakterlicher Weise völlig umgewandelt wurde", schreibt der Verfasser. Und flugs wird aus dem guten Mann infolge ehelichen Umwandlungsprozesses plötzlich ein ganz böser: Ein "Aufschneider, Angeber", "ein überheblicher, arroganter Mensch".

Ganz anders sind natürlich die Zeugen beschaffen, die Gutes über die CDU/CSU zu berichten wissen. Bei ihnen hat der Verfasser,

durchweg eine "menschlich hervorragende Haltung", einen "untadeligen Charakter" entdeckt. Sie können "schlicht" und "klar antworten", "logisch begründen" und genießen "hohes Ansehen bei ihren Mitarbeitern, Angestellten und Arbeitern."

Es scheint, daß der CDU/CSU der bevorstehende Bericht des Untersuchungsausschusses in Sachen HS 30 arges Kopfzerbrechen macht. Nicht zu Unrecht. Denn er dürfte wohl alles andere als einen "Freispruch" für sie bringen; schon deshalb nicht, weil die Ausschlußmehrheit dafür sorgen wird, daß nichts unter den Teppich gekehrt wird. Ob freilich "Entsatzaktionen" wie das Grau-Buch ein geeigneter Weg sind, die CDU/CSU aus der Misere herauszubringen, scheint mehr als fraglich. So wäre es zum Beispiel gut vorstellbar, daß im Bundestag die Frage laut wird, woher dem Grau einiges Material zugeflossen ist, das eigentlich nur den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses zugänglich sein dürfte.

Zudem, die Frage könnte der CDU/CSU gestellt werden, ob sie sich mit den anderen, recht dubiosen "Grau-Buch-Thesen" identifizieren will, etwa mit denen zum Thema Pressefreiheit. Mit der ist es nämlich - so der wackere Autor - sehr schlecht bestellt. Unter Anführung des "Spiegel" haben die entscheidenden Organe der Massenmedien nur ein Ziel: "... die Autorität der Regierung und des Staates zu untergraben", die "freiheitliche Gesellschaftsordnung, den demokratischen Staat auf parlamentarischer Basis" abzuschaffen und "nach östlichen Vorbildern umzugestalten". So "terrorisieren diese Organe ständig die Mehrheit der Gutgläubigen". Sie "erfinden am laufenden Band Korruptionsfälle", um systematisch "die Institutionen des demokratischen Staates verächtlich zu machen". Und warum haben wir es in der Bundesrepublik mit einem "beklagenswerten Schwund an gesundem Staatsbewußtsein" zu tun? Grau weiß die Antwort: Weil "die Öffentlichkeit von einigen verantwortungslosen Managern der Meinungsbildung so schamlos betrogen wird".

Doch weiß der Autor Rat: Das Übel liegt ja nur daran, daß "es keine wirkungsvolle Instanz (gibt), die darüber wacht, daß Pressefreiheit nicht hemmungslos mißbraucht wird", daß es keine "Kontrolle und Abgrenzung von Rechten und Pflichten" in diesem Bereich gibt. Denn: "Kritik in übergroßer Dosis (wirkt) als Gift". Und welches sind nun die Organe, die "die Autorität der Regierung und des Staates untergraben", die "Wahrheit verfälschen", die "Bürger verdummen"? Nun, der Autor ist, wenn schon nicht klug, so doch schlaue genug, sie nicht direkt beim Namen zu nennen. Doch werden Beispiele angeführt: "Der Spiegel", der "Stern", die "Frankfurter Rundschau", das Deutsche Fernsehen, WDR-Intendant von Bismarck, der SPD-Pressedienst und andere.

Damit schließt sich der Kreis im Weltbild des Herrn Grau, jenem Herrn, der schon so manche Schlacht für die CDU/CSU geschlagen hat - offene Feldschlachten und auch andere. Jetzt geht es nur noch darum, die "bewußten und unbewußten Helfershelfer" des "Schleichenden und vielfach unsichtbaren Kampfes" gegen Demokratie und Freiheit bloßzustellen und "jedermann sichtbar" zu machen.

Bis jetzt, freilich, ist nur e i n e r sichtbar geworden: Grau, Karl Friedrich.